

Durch Selbstorganisation zum Recht

Adivasi und Staat in Indien

Nicholas Barla

Die rund 100 Millionen Angehörigen der Adivasi-Völker in Indien, laut Zensus 2011 in über 670 verschiedenen ethnischen Gruppen aufgeteilt, verfügen über eine lange Tradition, sich der Bedrohung ihrer Lebensweisen zu erwehren. Manche Aufstände, zumindest die gegen die britischen Kolonisatoren, haben es bis in indische Lehrbücher geschafft. Ein jüngstes Beispiel erfolgreichen Widerstands (2013) bildete der Protest der *Dongria Kondh* gegen den Aluminiumabbau im Bundesstaat Odisha durch den Konzern VEDANTA. Allerdings durchzieht auch ein anderer roter Faden die Geschichte der Adivasi: die Schwierigkeit, autonome Stammesvölker und Gemeinschaften in einer regionalen oder gar nationalen Interessenvertretung effektiv zu organisieren. Mit dem Ziel, der indischen Verfassung und ihren Rechtsgarantien für sogenannte *Scheduled Tribes* (registrierte Stammesgesellschaften) zur Wirklichkeit zu verhelfen, entsteht seit 2013 ein neuer Versuch, die unzähligen örtlichen Proteste zu einem gemeinsamen Bündnis zu verdichten. Der in Odisha ansässige Autor berichtet von seinen eigenen Erfahrungen der letzten Jahre.

Das Jahr 2013 bildete eine Art Wendepunkt in der Geschichte der Selbstorganisation der Adivasi. Der Widerstand gegen das VEDANTA hatte allen verdeutlicht, dass Adivasi ihre Anliegen erfolgreich gegen mächtige Interessenverbände verteidigen können, wenn sie sich über die lokalen Bezüge hinaus und systematisch um ein großes Thema herum organisieren. Das Beispiel VEDANTA verdeutlichte aber ebenso, dass es beständiger Impulse bedarf, um die Selbstorganisation über die gewohnten traditionellen Gremien hinaus zu einer auf Dauer angelegten, politischen Interessenorganisation zu formen. Von der Einsicht her ist dies nichts Neues, aber die Erfahrungen aus den vielen gescheiterten oder steckengebliebenen Versuchen auf nationaler Ebene bedurften eines erneuten Anstoßes. Von außen gab es genügend Anlass und Bedrängung: die Ausbeutung der auf unseren Territorien befindlichen Ressourcen, der Zugriff auf Wasser und

Wald, erzwungene Integration in die Marktwirtschaft, Landraub und Vertreibung. Das Beispiel VEDANTA lehrte außerdem, dass der religiöse Pfeiler unserer Lebensführung manchmal aus guten Gründen besser im Verborgenen bleibt, ein anderes Mal jedoch zu einem wichtigen Element werden kann, um Schutz und Respekt durch Staat und Regierung einfordern zu können.

Genese der Selbstorganisation in jüngerer Zeit

Es hat Hunderter von Engagierten bedurft, um in den vergangenen Jahren aus den vielen lokalen Initiativen vor allem in den Bundesstaaten Chhattisgarh, Gujarat, Jharkhand, Maharashtra, Odisha und Telangana ein koordinierendes Gremium aus der Taufe zu heben, die *Adivasi Samanway Manch* (*Adivasi Coordination Front*). Mit Blick auf eine nationale Interessenkoordination trafen sich Adivasi-Repräsentant(inn)en im Februar 2015 in Maharashtra sowie Rechtsanwält

te, soziale Aktivist(inn)en oder Dozenten von Universitäten. Die Ergebnisse ermutigten rund 200.000 aus 22 Bundesstaaten zur Teilnahme an einer Zusammenkunft im Januar 2016 in Odisha sowie mehrere Dutzend von Adivasi-Vertreter(inn)en im Juli 2016 in Madhya Pradesh. Organisatorisch mündeten diese Versuche einer übergreifenden Selbstorganisation in eine Zusammenkunft von rund 6.000 Adivasi im September in New Delhi, aus Anlass des zehnten Jahrestages der UN Erklärung zu den Rechten indigener Völker. Bei dieser Gelegenheit trat die *Adivasi Coordination Front, India* öffentlich in Erscheinung. Ausgewählte Adivasi-Repäsentantinnen und Repäsentanten trafen sich bei dieser Gelegenheit auch mit dem indischen Staatspräsidenten und übergaben ihm eine Petition. Laut Verfassung ist der Präsident für Adivasi-Angelegenheiten zuständig. Nicht zuletzt aufgrund der staatsrechtlichen Herausforderung, da Siedlungsgebiete von Adivasi-Völkern und -Stammesgemein-

schaften die Territorien mehrerer Bundesstaaten überlappen.

Bestimmendes Merkmal unserer Zusammenkünfte war der Erfahrungsaustausch über das schlechte Umsetzen zentraler gesetzlicher Bestimmungen zur Gewährleistung unserer Rechte sowie einige wenige, gute Praxisbeispiele zur Mitbestimmung der Dorfräte (*Panchayats (Extension to Scheduled Areas) Act*; PESA, 1996), zu den Waldrechte (*Scheduled Tribes and Other Traditional Forest Dwellers (Recognition of Forest Rights) Act*; FRA, 2006), zur Gesetzgebung zur Anti-Diskriminierung (*Scheduled Castes and the Scheduled Tribes (Prevention of Atrocities) Act*; SC/ST POA, 1989), zur nationalen Landrechtsgesetzge-

bung, vor allem dem neuen Landerwerbsgesetz von 2013 (*Right to Fair Compensation and Transparency in Land Acquisition, Rehabilitation and Resettlement Act*; auch *Land Acquisition Act*; zu regionalen Landrechtsgesetzen sowie zu den Rechten aus der Verfassung, dem Fünften und Sechsten Anhang (*Fifth Schedule, Sixth Schedule*)). Allein diese Aufzählung erlaubt einen Eindruck, über die potentielle Fülle der normativen Anspruchsgrundlagen.

Ebenso beschäftigten wir uns mit einem Verwaltungsorgan, speziell zugeschnitten auf Belange der Adivasi, dem 2015 ins Leben gerufenen Beirat für Stammesangelegenheiten (*Tribes Advisory Council*; TAC). Der TAC soll Landesregierungen insbesondere bei Budgetzuweisungen für die Siedlungsgebiete der Adivasi (*Scheduled Areas*) beraten. Das heißt, in Bundesstaaten mit solch ausgewiesenen Gebieten auch eingerichtet werden. Das ist bislang jedoch nur in zehn Bundesstaaten umgesetzt worden. Zwei Bundesstaaten ohne offizielle *Scheduled Areas* haben die Bei-

räte freiwillig eingeführt; Tamil Nadu und Westbengalen. Es gibt keine verpflichtenden Richtlinien zur Etablierung eines Beirats, aber stillschweigend wird erwartet, dass ein TAC nicht mehr als 20 Personen umfassen und mindestens zu drei Vierteln von Angehörigen aus den *Scheduled Tribes* besetzt sein sollte.

Die Realität sieht anders aus, und faktisch liegt vor allem die Leitung oder Aufsicht des TAC in den Händen des Ministerpräsidenten des Bundesstaates; in der Regel kein Adivasi und mit anderen Interessen verknüpft. Unter anderem wird argumentiert, dass der TAC über relativ hohe Summen zum Ausbau der bundesstaatlichen Infrastruktur mit entscheidet. Es könne daher nicht sein, dass die gewählte Landesregierung an entscheidender Stelle außen vor bleibe. Da der TAC mit hohen Summen zu tun hat, sind Mafia-ähnliche Strukturen entstanden, und die allermeisten Beiräte erwiesen sich bislang als schlicht korrupt.

Delegation der Adivasi-Repräsentantinnen und Repräsentanten vor der Visite beim indischen Staatspräsidenten im September 2016

Bild: privat





Diskussionsveranstaltung im Rahmen des zehnten Jahrestages zur UN Erklärung zu den Rechten indigener Völker im September 2016 in New Delhi

Bild: privat

Institutionelle Erneuerung

Die Petition an den Staatspräsidenten enthielt neben der Forderung, die bestehende Verfassung und Gesetzgebung endlich nach Treu und Glauben umzusetzen auch Hinweise, wie die institutionelle Struktur zum Schutz und zur Förderung der Adivasi-Interessen sinnvoll erweitert werden könnte. Es handelt sich überwiegend um praktische Maßnahmen. Von großer Bedeutung sind diejenigen staatlichen Institutionen, die zur positiven Förderung der Adivasi-Interessen vorgesehen sind. So empfiehlt die Petition, dass die autonomen Entscheidungsbefugnisse der Dorfräte (*Panchayats*) und Dorfversammlungen (*Gram Sabha*) nicht durch Integration in die staatliche Verwaltungsstruktur unterlaufen werden. Bei der Besetzung der Beiräte (TAC) sollte wenigstens der

Stellvertreter des Staatspräsidenten in den Bundesstaaten (*Governor*) an der Spitze des Gremiums stehen, nach Möglichkeit alle Beiräte aus den *Scheduled Areas* kommen. Alle TAC-Mitglieder sollten in einem transparenten Verfahren berufen werden.

Da es den TAC gibt, wird außerdem empfohlen, einen regionalen oder nationalen Entwicklungsplan aufzustellen, an dem Adivasi-Repräsentant(inn)en konstitutiv beteiligt wären. Eine Planungskommission (*National Tribal Planning Commission*) mit Büro Amt des Staatspräsidenten und zusammengesetzt aus Adivasi sollte einen solchen Plan erstellen beziehungsweise die bestehenden *Tribal Sub-Plan(s)* mit beraten. Viele Sonderprogramme der Regierung (*Centrally Sponsored Schemes*) erfüllen nicht ihren Zweck. Daher sollten die staatlichen Einrichtungen zur Kontrolle und Auswertung der Entwicklungsprogramme auf Adivasi-Territorien verstärkt mit Fachleuten der Adivasi besetzt werden. Überprüfungen und staatliches Handeln jedweder Art sollten den Konsultati-

onsmechanismus aus der UN Erklärung (*Free, Prior and Informed Consent; FPIC*) zur Grundlage haben. Schließlich plädiert die Petition dafür, Adivasi-Religionen im Zensus zu kodieren und auszuweisen.

Aus dem Englischen übersetzt von Theodor Rathgeber

Zum Autor



Nicholas Barla gehört zu den Gründern des *Indigenous Peoples Forum Odisha* und ist einer der Organisatoren der vorgenannten nationalen Treffen. Er gehört dem Volk der *Oraon* an und ist Angehöriger der Steyler Missionare (*Society of the Divine Word; SVD*); mit Zusatzausbildung in Rechts- und Wirtschaftswissenschaften.